

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis
Freundes

Ausgabe 23

Mai 2017

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen – im Bundestag neue Wege gehen!



von Oliver Strank

Immer weniger Menschen können es sich leisten, in einer Großstadt wie Frankfurt zu wohnen. Damit mehr bezahlbare Wohnungen geschaffen werden können, müssen Kommunalpolitik und Bundespolitik in Zukunft besser ineinander greifen.

Dazu muss die Stadtplanung in Frankfurt nun auf der Bundesebene mit den passenden Instrumenten unterstützt und ergänzt werden.

Es ist gut, dass Frankfurt seit der Kommunalwahl endlich konsequent private Bauherren und Investoren zum Bau von günstigen Wohnungen verpflichtet, um eine stärkere soziale Durchmischung der Quartiere zu erreichen. Muss für ein Bauvorhaben ein Bebauungsplan geschaffen oder abgeändert werden, so darf der Eigentümer das Grundstück nur für den Bau von Wohnungen nutzen, wenn er im Gegenzug 30 Prozent der Wohnbaufläche mit geförderten Wohnungen bebaut. Dieses Steuerungsinstrument der Kommunen könnte aber an Grenzen stoßen,

wenn es um Bauvorhaben geht, für die es bereits einen Bebauungsplan gibt, der nicht geändert werden muss. Hier sollte der Bundestag das Baurecht notfalls dergestalt ändern, dass Kommunen gegenüber Bauherren auch dann 30 Prozent geförderten Wohnungsbau durchsetzen können, wenn für ihr Projekt an sich kein neues Planungsrecht geschaffen werden muss.

Auf Bundesebene dringend zu reformieren ist außerdem die Mietpreisbremse. Sie ist zwar im Ansatz richtig, aber leider bisher wirkungslos. Mieter haben schlichtweg nicht die nötigen Informationen, um durch Klagen die Mietpreise zu bremsen. Gegen überhöhte Mietpreisforderungen können Mieter nur vorgehen, wenn sie die Höhe der Vormiete kennen und daher rechtssicher beurteilen können, ob die aufgerufenen Mieten zulässig sind oder die durch die Mietpreisbremse gesetzten Grenzen überschreiten. Daher müssen Vermieter gesetzlich verpflichtet werden, die zuvor gezahlte Miete offen zu legen. Im Falle überhöhter Mietzahlungen müssen die Mieter einen Rückzahlungsanspruch bereits (rückwirkend) ab Vertragsschluss und nicht erst ab seiner Geltendmachung bekommen.

Auf Bundesebene zu bekämpfen ist schließlich eine Fehlentwicklung auf dem Wohnungsmarkt, die in letzter Zeit zunehmend um sich greift und die Schwächsten der Gesellschaft trifft: Investoren hebeln den Mieterschutz ausgerechnet bei Menschen aus, die ihn am dringendsten benötigen. Verteilt über ganz Deutschland verschaffen gemeinnützige Vereine solchen Menschen, die an sich auf dem freien Wohnungsmarkt so gut wie keine

Chance haben, einen Platz zum Wohnen. Die Sozialträger schließen den Mietvertrag mit dem Eigentümer und untervermieten die oft einfachen Wohnungen an zahlungsschwache Mieter. Seitdem in den Großstädten die Mieten durch die Decke gehen, werden jedoch immer mehr solcher Wohnungen als Spekulationsobjekt an Investoren verkauft, die immer häufiger den Mietvertrag mit den Sozialträgern fristlos und grundlos kündigen. Auf den ersten Blick verblüfft das, wo doch Mieter in Deutschland einen starken Kündigungsschutz genießen. Doch die Investoren nutzen eine Unklarheit im deutschen Mietrecht. Sie argumentieren, die an den Sozialträger vermietete Fläche sei kein schützenswerter Wohnraum, sondern eine Gewerbefläche. Ein Verein könne sich nicht auf das soziale Mietrecht mit seinem starken Kündigungsschutz berufen, denn der gelte eben nur für natürliche Personen, nicht aber für juristische Personen. Man könne ihnen daher jederzeit kündigen, auch ohne einen besonderen Grund angeben zu müssen. Eine solche Argumentation geht an den realen Verhältnissen des betreuten Wohnens vorbei. Denn in solchen Fällen verliert eben nicht bloß ein Verein sein Büro, sondern ein Mensch seinen Wohnraum. Dennoch gewinnen die Investoren oft vor Gericht, weil das Mietrecht an dieser Stelle mehrere Auslegungen zulässt. Deshalb muss für solche Fälle gesetzlich eindeutig festgeschrieben werden, dass das Wohnraummietrecht mit seinem starken Kündigungsschutz anzuwenden ist. Mehr bezahlbare Wohnungen können nur geschaffen und erhalten werden, wenn Kommunalpolitik und Bundespolitik an einem Strang ziehen.

Stadtluft darf frei, aber nicht krank machen: Koalition will Umweltzone ausweiten

von Roger Podstatny

Die im Oktober 2008 eingeführte Frankfurter Umweltzone soll vergrößert werden. Die Koalition von CDU, SPD und GRÜNEN fordert

nun, dass der Magistrat beim zuständigen Hessischen Umweltministerium eine Ausweitung der Umweltzone auf das gesamte Stadtgebiet beantragt.



Die Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Saubere Luft ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein gesundes Leben in der Stadt für alle Frankfurterinnen und Frankfurter, insbesondere aber für Kinder. Der positive Effekt von Umweltzonen auf die Gesundheit, durch die Verringerung der Feinstaubkonzentration ist heute unumstritten. Wir freuen uns daher sehr, dass unserer Forderung nach einer Ausweitung der Umweltzone im Koalitionsvertrag nunmehr Rechnung getragen wird.

Die etwa 110 Quadratkilometer große Frankfurter Umweltzone umfasst derzeit noch nicht das komplette Stadtgebiet. Die Fläche außerhalb des "Autobahnring" ist ausgenommen. Zudem wird die Umweltzone im Westen durch die A5 begrenzt, im Süden durch die A3 und im Osten und Norden durch die A 661. Ebenso sind am Rande liegende Stadtteile noch nicht Teil der Umweltzone. Die Erweiterung der Umweltzone sieht Ausnahmen auf Grundlage der bisherigen Kriterien und für die Zuwege zu einzelnen, autobahnnahen Gewerbegebieten vor, soweit sie Wohnbevölkerung nicht berühren. Hiermit machen wir deutlich, dass wir unseren Industriebetrieben keine überflüssigen Beschränkungen auferlegen wollen. Auch bei den bisherigen Ausnahmeregelungen für Schausteller bleibt es. "Diese Ausnahmen sind angemessen und vernünftig", so Roger Podstatny, umweltpolitischer Sprecher der SPD. "Wichtig ist, dass die Umweltzone auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet wird, und damit die Verringerung der Feinstaubbelastung erreicht wird. Damit wird eine langjährige Forderung der Frankfurter SPD durch die neue Stadtregierung endlich umgesetzt."

Frankfurts Haushalt für 2017: Im Zeichen des städtischen Wachstums



von Ursula Busch

Am 28. April hat die SPD gemeinsam mit den Partnern von CDU und Grünen die Haushaltsanträge der Regierungskoalition für den städtischen Haushalt 2017 vorgestellt.

„Ich bin froh, dass der Haushalt der Stadt Frankfurt für 2017 und die darin enthaltene mittelfristige Finanzplanung bis 2020 erstmals seit vielen Jahren wieder von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mitgestaltet wurden – das merkt man dem Ergebnis auch deutlich an. Im Fokus stehen wichtige Investitionen in die städtische Infrastruktur, die angesichts des Wachstums der Stadt dringend erforderlich sind. Herauszuheben sind dabei die verstärkten Anstrengungen beim Schulbau und Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur. In den Gesprächen mit unseren Koalitionspartnern ist es zudem gelungen, eine Reihe von wichtigen Projekten im Haushalt zu verankern,“ so Ursula Busch, Fraktionsvorsitzende der SPD im Römer.

Insgesamt beträgt das Haushaltsvolumen ca. 3,8 Milliarden Euro, wobei für 2017 mit einer Unterdeckung von knapp 190 Millionen Euro kalkuliert wird, die aber durch Rücklagen ausgeglichen werden kann. Angesichts dieser Rahmenbedingungen hatte sich die Koalition bereits zu Beginn der Beratungen auf eine moderate Anhebung des Haushaltsvolumens um 15 Millionen Euro verständigt. Für Ursula Busch war es daher nicht überraschend, dass alle Partner Kompromisse machen mussten und nicht alle Anträge, die in den Fraktionen erarbeitet worden waren, letztlich gestellt werden konnten: „Die SPD hat beispielsweise zunächst auf die Ausweitung des freien

Eintritts für Frankfurter Schulklassen in die nicht-städtischen Museen und Dauerausstellungen verzichtet, da eine verlässliche Kostenabschätzung nicht möglich war, und bei den City-Trees – die in der Presse ja ein großes Echo hervorgerufen haben – haben wir uns darauf verständigt, erst einmal geeignete Standort zu prüfen und die Kosten zu schätzen. Eine Aufnahme in den Haushalt könnte dann ggf. 2018 erfolgen.“

Keine Abstriche hat es laut Busch aber bei der von der SPD geforderten aktiven Grundstückspolitik gegeben. Entsprechend einer guten Frankfurter Tradition solle nicht nur der Verkauf städtischer Grundstücke minimiert, sondern auch der gezielte Ankauf von Grundstücken und Liegenschaften ermöglicht werden. Auf eine Budgetvorgabe wurde bei diesem wichtigen Kernthema bewusst verzichtet. Das Budget wird bei Bedarf entsprechend angepasst.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt: Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Einige Beispiele für weitere, wichtige Anträge der Frankfurter Koalition:

Förderung studentischen Wohnens

Angesichts der angespannten Situation auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt werden die Mittel für die Förderung des Studentischen Wohnens um 1 Millionen Euro auf insgesamt 2 Millionen Euro erhöht. Damit soll verhindert werden, dass sich nur vermögende Studierende den Wissenschaftsstandort Frankfurt leisten können.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur

Ein zentrales Anliegen der SPD war es, stärkere Investitionen in die öffentliche Verkehrsinfrastruktur zu ermöglichen. So sollen zusätzlich 1,3 Millionen Euro für die beschleunigte Grunderneuerung der Gemeindestraßen zur Verfügung stehen. Die Mittel für

die Substanzerhaltung der Straßen werden zudem deutlich angehoben. Für die Gehwegerneuerung sollen ganz explizit zusätzliche 500.000 € zur Verfügung stehen und die Errichtung von Bike- und Ride-Anlagen soll beschleunigt werden.

Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten beim Jahresparteitag der Frankfurter SPD am 12./13. Mai 2017:

<i>Vorsitzender:</i> Mike Josef	<i>Präsidium:</i> Ursula Busch Oliver Strank
<i>Stellvertreter:</i> Eugen Emmerling	
<i>Schatzmeister:</i> Roger Podstatny	
<i>Beisitzer/Beisitzerinnen:</i> Gregor Amann Ursula Busch Hubert Schmitt Oliver Strank Armand Zorn	<i>Delegierte Bundesparteitag:</i> Oliver Strank
<i>Antragsprüfungskommission:</i> Gregor Amann Ursula Busch Eugen Emmerling Abdenassar Gannoukh Susanne Kassold Jan Klingelhöfer Klaus Oesterling Siegward Pawlik Roger Podstatny Birgit Puttendörfer Hubert Schmitt Oliver Strank Armand Zorn	<i>Revisoren/Revisorinnen:</i> Dieter Bürger Birgit Puttendörfer
	<i>Delegierte Bezirks- und Landesparteitag:</i> Ursula Busch Eugen Emmerling Susanne Kassold Stefan Marx Klaus Oesterling Siegward Pawlik Roger Podstatny Petra Scharf Hubert Schmitt Oliver Strank Armand Zorn
	<i>Bezirksbeirat:</i> Birgit Puttendörfer Roger Podstatny Oliver Strank